

Inhaltsverzeichnis

Seite:

A. Einleitung	1
I. Ziel der Arbeit und Quellenlage	1
II. Das Herzogtum Nassau	4
 B. Epoche 1804 - 1848	 7
I. Erste zivilprozeßrechtliche Kodifi- zierungsversuche (1804 - 1814)	7
1. Dalwigks Entwurf einer Gerichtsord- nung für das Gesamt-Oberappellations- gericht (1804)	7
2. Eine erste Forderung nach Öffent- lichkeit des Gerichtsverfahrens	14
3. Der "Collegialentwurf" von 1805	17
4. Stellungnahme Harschers von Almendingen zum Entwurf und seine Ablehnung durch das Staatsministerium	20
 II. Ludwig Harscher von Almendingen und seine Bedeutung für das Staats- und Prozeßrecht in den beiden ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Herzogtums Nassau	23
1. Die Beteiligung Harschers von Almen- dingen an der Einführung des Code Napoléon in Nassau	23
2. Erste Vorschläge für die Einführung von Mündlichkeit und Öffentlichkeit im Gerichtsverfahren	27

III.	Der Versuch des Staatsministeriums, das Prozeßrecht vor Einberufung der Landstände zu kodifizieren (1814 - 1818)	32
1.	Der Erlaß der landständischen Verfassung (1814)	32
2.	Die leitenden Grundsätze des Staatsministeriums für die Erarbeitung eines Entwurfs des Prozeßrechts	37
3.	Das Scheitern der Bemühungen durch die Verzögerung von Preuschens und die Resignation Harschers von Almendingen ..	40
IV.	Die Gesetzgebungskommission zur Revision des Zivil-, Straf- und Prozeßrechts	44
1.	Die Einsetzung der Kommission	44
2.	Die Leitlinien des Staatsministeriums für die Arbeit der Kommission	47
3.	Der Bericht der Kommission vom 31. Dezember 1818 zur rechtlichen Situation des Herzogtums und ihrer Verbesserung	52
V.	Die Gesetzentwürfe von Ludwig Harscher von Almendingen	60
1.	Der Organisationsplan der Justizstellen des Herzogtums	60
2.	Der Gesetzentwurf über die Zivilgerichtsverfassung vom 4. Februar 1819 ..	66
3.	Dalwigks Anmerkungen zum Justizorganisationsplan Harschers von Almendingen ..	71
4.	Harschers von Almendingen "IV. Bearbeitung" und ihre Annahme als Kommissionsentwurf	73
5.	Der Stillstand der Tätigkeit der Gesetzgebungskommission	86

III

Seite:

VI.	Die "Civilproceßordnung" von 1822	92
1.	Herbers Gesetzesinitiative in der Landesdeputiertenversammlung	92
2.	Die Errichtung zweier Hof- und Appellationsgerichte (1821)	97
3.	Die Reaktivierung der Gesetzgebungskommission und Mussets Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren bei den Hofgerichten	99
4.	Dalwigks Ablehnung der Einführung von Mündlichkeit und Öffentlichkeit	102
5.	Leitlinien des Staatsministeriums für das Verfahren bei den Hofgerichten	105
6.	Das Edikt über das Verfahren bei den Hofgerichten vom 23. April 1822	107
7.	Beurteilung des Ediktes durch Mittermaier und Flach	112
VII.	Das Verfahren bei den Ämtern	117
1.	Die bestehende Praxis und die Verordnung vom 12. Dezember 1825	117
2.	Eine anonyme Stellungnahme zur Untergerichtsordnung	122
VIII.	Der Entwurf von 1832	125
1.	Die Resolution Herzog Wilhelms vom 12. Dezember 1827	125
2.	Mussets Bericht vom 24. Februar 1828 und der Auftrag an ihn und Raht zur Erarbeitung eines Entwurfs	126
3.	Der Entwurf einer Zivilproceßordnung ..	131
4.	Die Einsetzung einer Gesetzgebungskommission	134
IX.	Der Stillstand für Gesetzgebungsvorhaben infolge des Domänenstreits	137

X.	Initiativen zur Neuordnung des Gerichtswesens in den Landständen (1828 - 1847) ..	141
1.	Die Sitzungsperiode 1828	142
2.	Die Sitzungsperiode 1831	144
3.	Die Sitzungsperiode 1834	146
4.	Die Sitzungsperiode 1840	147
5.	Die Sitzungsperiode 1841	148
6.	Die Sitzungsperiode 1843	148
7.	Die Sitzungsperiode 1844	149
8.	Die Sitzungsperiode 1845	151
9.	Die Sitzungsperiode 1846	152
10.	Die Sitzungsperiode 1847	157
XI.	Eine zeitgenössische Stellungnahme zum Gerichtswesen der Vormärzzeit	160
C.	Epoche 1848 - 1866	163
I.	Einberufung einer Gesetzgebungskommission zur Erarbeitung einer auf den Prinzipien von Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhenden Zivilprozeßordnung	163
1.	Die Forderung nach Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens in der Revolution von 1848	163
2.	Die Einsetzung der Gesetzgebungskommission	167
II.	Der Flach'sche Entwurf vom 7. Mai 1849 ...	172
1.	Die Beauftragung Flachs mit der Erarbeitung des Entwurfs	172
2.	Flachs Bericht über die Grundlagen seiner Arbeit	174
3.	Der Entwurf	177
4.	Stellungnahmen Mittermaiers und Hammachers	182

III.	Die Beratung des Entwurfs durch die Gesetzgebungskommission und die Vorlage eines eigenen Entwurfs	187
IV.	Die Behandlung des vorgelegten Entwurfs in der Ständeversammlung	193
	1. Die Einsetzung eines Ausschusses	193
	2. Die Berichte des Ausschusses und die Ablehnung des Entwurfs	196
	3. Stellungnahmen Mittermaiers und Reichmanns	203
V.	Die Verabschiedung einer Exekutions- ordnung	205
VI.	Die Bemühungen um die Einführung einer Bagatellprozeßordnung	207
VII.	Initiativen des Abgeordneten Victor von Eck in der Ersten Kammer	211
	1. Bemühungen um die Einführung einer ZPO	211
	2. Anfragen bezüglich der Teilnahme Nassaus an der Konferenz in Hannover ..	216
VIII.	Nassaus Teilnahme an der Konferenz in Hannover	218
D.	Weitere Entwicklung in Nassau nach der Annexion durch Preußen	225
E.	Bemühungen um die Einführung einer auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhenden Zivilprozeßordnung im Großherzogtum Hessen (Exkurs)	229
F.	Zusammenfassung und Ergebnisse	240